

A photograph showing the lower half of a person in a grey suit and black shoes, carrying a brown leather briefcase. The person is walking on a light-colored tiled floor. The background is slightly blurred, suggesting an indoor setting like a hallway or office. A semi-transparent white banner is overlaid on the middle of the image, containing the title text.

Über den Umgang mit Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten

Über den Umgang mit Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten

Ausgangssituation

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, kurz NPD, ist heute eine der gefährlichsten, aber auch erfolgreichsten Parteien am rechten Rand. So zog die bereits 1964 gegründete Partei 2004 bzw. 2006 in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein und wurde 2009 erstmalig in Sachsen wieder in ein Parlament gewählt. Diese Erfolge beruhten unter anderem auf der Verankerung in kommunalen Parlamenten und dort erworbenen Erfahrungen. Wie nicht anders zu erwarten, versuchen die NPD und andere rechtsextreme Gruppierungen wie die Republikaner oder auch Pro NRW, diese Taktik im Westen zu übernehmen. Seit den Kommunalwahlen 2009 besitzt laut apabiz e.V. allein die

NPD 24 Mandate in NRW, so dass zumindest eine Etablierung droht. Man kann annehmen, dass die bei den Kommunalwahlen gewählten Rechtsextremisten sich nicht anders verhalten als ihre Vorbilder im Osten von Deutschland. Diese Broschüre soll dazu dienen, über das Verhalten der Rechtsextremen und deren Strategien aufzuklären und Wege aufzeigen, wie man mit diesen umgeht bzw. welche Gegenmaßnahmen man anwenden kann und sollte. Falls weitere Beratung oder Informationen gewünscht werden, stehen wir, die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz, zur Nachfrage zur Verfügung.

Verhalten von Rechtsextremisten in Parlamenten

Das Verhalten rechtsextremer Politiker ist sehr unterschiedlich und hängt von den jeweiligen Personen und deren Anzahl im jeweiligen Parlament ab. Lange Zeit war es der Fall, dass sie entweder durch Abwesenheit, Passivität oder Inaktivität glänzten. Sie galten somit nicht nur als „faul“, sondern auch als unprofessionell und inkompetent, und stellten dadurch kaum eine Gefahr für das jeweilige Parlament dar. Durch bereits erwähnte Erfahrungen in Ostdeutschland hat sich das Bild jedoch gewandelt. Die Rechtsextremen trauen sich nun weitaus mehr zu. Dies kann sich in Form von gezielten Provokationen und herbeigeführten Skandalen bis hin zu Störungen gesamter Sitzungen zeigen. Gefährlicher ist es aber, wenn NPD und Co. „fleißig“ sind und Sacharbeit suggerieren.

Strategien der NPD Provokationen

Aktive Abgeordnete der NPD fallen am meisten durch Provokationen und Störungen der Sitzungen auf. Dieses Mittel zielt von vornherein auf die Reaktion der anderen Abgeordneten und der Medien. Die Rechtsextremen bekommen Aufmerksamkeit, die sie in das Licht der Öffentlichkeit rückt. Dabei ist es ihnen meistens egal, ob sie positiv oder negativ bewertet werden. Sie nutzen die kommunalen Parlamente für ihre Propagandazwecke, und um neue Wähler populistisch anzuwerben. Man darf hierbei nicht vergessen, dass die rechtsextremen Parteien ohne Wahlerfolge keine Parteienfinanzierung (und somit Steuergelder) bekommen. Mitunter wird mittels der Provokationen auch nur der demokratische „Spielraum“ ausgetestet: Wie weit kann man sich mit rechtsextremen Parolen nach vorne wagen, ohne dafür belangt zu werden?

Drei-Säulen-Konzept der NPD

Als Udo Voigt Mitte der 1990er Jahre Vorsitzender der NPD wurde, übernahm er von seinem Vorgänger eine Partei auf dem Tiefpunkt. Um die NPD zu modernisieren, öffnete Voigt sich einerseits den radikalen Neonazis, zum anderen führte er ein Drei-Säulen-Konzept ein. Dieses besteht aus den Säulen „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Wähler“. Nach den Erfolgen in Ostdeutschland wurde es um die Säule „Kampf um die Parlamente“ erweitert. „Kampf um die Straße“ bedeutet, dass so viele Demonstrationen und Mahnwachen wie möglich abgehalten werden sollen, um sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. Beim „Kampf um die Köpfe“ sollen möglichst viele Personen angeworben, und die Zahl der Unterstützenden vergrößert werden. Da es besonders an Intellektuellen mangelt, hat zum Beispiel Jürgen Gansel, der für die NPD im sächsischen Landtag sitzt, in Anlehnung an die Frankfurter Schule die „Dres-

der Schule“ gegründet. Sie war in letzter Zeit aber eher inaktiv. Mit dem „Kampf um die Wähler“ sollen Menschen zur Wahl der NPD aufgerufen werden, was sich in wahren Plakatschlachten bei Wahlen zeigte, wenn die NPD antrat.

„Biedermeier“-Image der Rechtsextremisten

Seit Neuestem versuchen die rechtsextremen Parteien, vor allem die bis dahin radikal auftretende NPD, sich ein „Biedermeier“-Image zu zulegen: Man versucht sich möglichst „normal“ zu verhalten, „fleißig“ zu sein und professionell zu arbeiten. Die Rechtsextremen wollen damit in die Mitte der Gesellschaft vordringen. So stellen sie auch meist nur auf den ersten Blick „normale“ Anfragen und Anträge. Die Rechtsextremen stellen darüber hinaus oft Anfragen, die zu ihrem eigenen Nutzen dienen. Sie erfragen Informationen einerseits über politische Gegner, zum Beispiel über Aktivi-

täten des Verfassungsschutz oder antifaschistischer Gruppen und andererseits zu Propagandazwecken, so beispielsweise über Ausländerkriminalität oder -arbeitslosigkeit. Des Weiteren könnten sie als normal angesehene Partei widerstandsloser Räume mieten oder Demonstrationen und Mahnwachen durchführen. Das meist nur oberflächliche Biedermeier-Image bedeutet übrigens nicht, dass die NPD Gewalt ablehnt. Sie unterhält Kontakte zu selbst organisierten Autonomen Nationalisten und Freien Kameradschaften, die oft NPD-Veranstaltungen und Stände bewachen.

Rhetorik

In gemeinsamen Tagungen vermittelt die NPD die oben genannten Strategien zusammen mit Rhetorik und der Auswahl der Themen ihren Mitgliedern. Deswegen sollte man nicht davon ausgehen, dass rechts-extreme Politiker nur dumpf Parolen hinausposaunen ohne dabei durch-

dachte Strategien zu verfolgen: Teilweise wird dies schon bei den konsituierenden Sitzungen deutlich, wenn die NPD, wie zum Beispiel in Sachsen geschehen, jeglichen Rederaum für sich beansprucht.

Themen

Thematisch appelliert vor allem die NPD, neben den typischen nationalen Themen wie Ausländerkriminalität und Moscheebau, in jüngster Zeit an die Deprivationsängste besonders der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten, die ihre Existenzen durch die zunehmende ökonomische und kulturelle Globalisierung gefährdet sehen. Bei den Landtagswahlen 2004 in Sachsen waren die Hauptwähler junge, arbeitslose Männer, die zudem einen niedrigen Bildungsgrad aufwiesen: In diesem Zusammenhang setzen sich die Rechtsextremen unter anderem auch für eine soziale Politik oder gegen Firmenschließungen ein.

Gegenmaßnahmen

Offensiv gegen Rechtsextremismus vorgehen

Man kann verschiedene Gegenmaßnahmen treffen, falls sie nötig sind: Zuerst sollte man sich sowohl als Abgeordneter als auch als Fraktion gegen den Rechtsextremismus und seine Parteien positionieren und dies offen zeigen. Dann sollten alle Anträge aller rechtsextremen Parteien, so „unschuldig“ sie auch aussehen, abgelehnt werden. Beispielsweise wurde im Dresdner Stadtrat eine vom der NPD nahe stehenden Nationalen Bündnis beantragte Schweigeminute für die Opfer der Anschläge in New York am 11. September akzeptiert, was die Rechtsextremisten als großen Erfolg darstellten. Das gleiche gilt für Abstimmungen über Postenbesetzungen beispielsweise von Ausschüssen. Die Kandidaten der rechtsextremen Parteien müssen immer abgelehnt werden.

Dabei sollte auch darauf geachtet werden, dass dies vollständig geschieht. Jede Stimme aus dem demokratischen Lager ist ein Erfolg für die Rechtsextremisten. Dies sollte jedem demokratischen Abgeordneten bewusst sein.

Gemeinsam und kompetent vorgehen

Die NPD argumentiert in letzter Zeit damit, auch eine demokratische Partei zu sein, da man ja gewählt worden sei. Aber eine oder mehrere Wahlen machen einen Rechtsextremisten oder eine rechtsextreme Partei noch lange nicht demokratisch, da trotz Wahl die Demokratie abgelehnt wird. Deswegen ist es meist unverzichtbar, dass die demokratischen Parteien sich untereinander über parlamentarische Verfahrensweisen gegen Rechtsextremisten verständigen, sobald diese in Frak-

tionsstärke in ein Parlament einziehen. Sie sollten auch immer mit einer gemeinsamen Stimme oder Erklärung gegen rechtsextreme Parteien vorgehen. Bei Anträgen sollten jeweils die Regierungskoalition und die Opposition mit einem qualifizierten Beitrag antworten. Die Idee dahinter ist, dass die demokratischen Parteien zeigen, dass sie gemeinsam gegen Rechtsextremismus vorgehen, dass rechtsextreme Parteien nicht zur Normalität werden, und es keine Diskussionen oder Schlagabtausche um rechtsextreme Anträge gibt. In den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise gaben die demokratischen Parteien schon kurz nach dem Einzug der Rechtsextremen entsprechende Erklärungen ab. Schließlich sollte mindestens ein Abgeordneter jeder Fraktion mit der Ideologie und den Strategien des Rechtsextremismus vertraut sein, um adäquat auf Parolen, provokative Anträge oder Diskussionsbeiträge antworten zu können.

Nie mit den Rechtsextremen paktieren

Es sollte nie mit den Stimmen der rechtsextremen Parteien gerechnet oder gar mit ihnen Absprachen getroffen werden. Auch wenn diese demokratischen Anträgen zustimmen. Dass die Rechtsextremisten mit(be)stimmen kann man nicht ändern, denn es wurde vom Wähler so gewollt. Zum Beispiel kam im Stadtrat von Magdeburg eine Mehrheit für einen umstrittenen Tunnelbau nur durch eine Stimme der NPD zustande.

Sanktionen nutzen

Bei groben Verstößen durch rechtsextreme Abgeordnete, wie beispielsweise Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder Volksverhetzung, sollten die Sanktionsmöglichkeiten des Parlaments genutzt werden: Dazu zählen der Ordnungsruf, der Wortentzug oder der Ausschluss

aus einer oder mehreren Sitzungen. Manchmal reicht aber schon der Ruf zur Sache, also „Kommen Sie zur Sache“, oder „Das gehört nicht zum Thema“.

Hausrecht durchsetzen

Um sich vor rechtsextremen Besuchern und Störern vor allem bei Wahlkampfveranstaltungen zu schützen, sollte das Hausrecht konsequent durchgesetzt werden. Dazu gehört, sich schon früh darauf vorzubereiten, indem man zum Beispiel in einer Einladung anfügt, dass Personen, die rechtsextremen Parteien, Organisationen oder der „Szene“ angehören, den Eintritt zur Veranstaltung verwehrt wird oder sie von dieser ausschließt. Dies gilt natürlich auch für Teilnehmer, die die Sitzung mit rassistischen, antisemitischen oder sonstigen menschenverachtenden Äußerungen stören.

Rechtsextreme sind in jüngster Zeit dazu übergegangen, sich nicht mehr durch Bomberjacke, Glatze oder Springerstiefeln leicht erkennbar zu outen. Um sie dennoch schon im Vorfeld auszuschließen, sollte man sich vorher fachkundig informieren, wie die betreffenden Personen oder Zeichen und Symbole aussehen sowie professionelle und kundige Unterstützung zu diesem Themenkreis einholen.

Öffentlich dem Rechtsextremismus entgegen treten

Für demokratische Abgeordnete, Fraktionen oder Parteien ist es wichtig, öffentlich Akzente gegen Rechtsextremismus zu setzen: Dies kann in Form von Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements, der Nutzung von Potenzialen für Jugendarbeit, der Einrichtung von Registrierstellen für rechtsextreme

Vorfälle oder durch die Teilnahme an Protesten gegen rechtsextreme Demonstrationen oder Mahnwachen geschehen.

Kurze Zusammenfassung der Gegenmaßnahmen

- offensiv gegen Rechtsextremismus positionieren
- alle Anträge und Abstimmungen über Positionen der rechtsextremen Abgeordneten ablehnen
- Informieren über rechte Ideologien und Strategien
- Sich mit anderen demokratischen Fraktionen über ein gemeinsames Vorgehen gegen rechtsextreme Abgeordnete abstimmen
- Bei Verstößen Sanktionsmöglichkeiten nutzen
- Öffentlich Akzente gegen Rechtsextremismus setzen

Weitergehende Literatur

Allgemeine Informationen zu Rechtsextremismus und rechtsextremen Parteien

- Röpke, Andrea; Speit, Andreas (Hrsg.). Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Ch. Links Verlag, Berlin 2008.
- Glaser, Stefan; Pfeiffer, Thomas (Hrsg.). Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. Bundeszentrale für politische Bildung, Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts. 2007.
- Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian (Hrsg.). 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2008.
- Staud, Toralf. Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Verlag Kiepenheuer& Witsch, Köln 2005

Argumentationen gegen Rechtsextremismus

- Tiedemann, Markus. „In Auschwitz wurde niemand vergast“. 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt. Verlag an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr 1996.
- Hufer, Klaus-Peter. Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts. 2001.

Informationen zum Umgang mit rechtsextremen Parteien in Parlamenten

- Brodkorb, Matthias; Schlotmann, Volker (Hrsg.). Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Adebora Verlag, 2008.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR). Wir haben die Wahl! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf. Netzwerkstelle gegen Fremdenfeindlichkeit, apabiz; Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. und Licht-Blicke; Netzwerk für Demokratie und Toleranz, Berlin 2006.
- Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK). Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien. Berlin 2008.
- Köhler, Timm. Handlungsräume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlichrechtlichen Veranstaltungsräumen. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) und Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK), Berlin 2008.

Informationen zu rechtsextremer Symbolik

- Innenministerium Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). Musik – Mode – Markenzeichen. Rechtsextremismus bei Jugendlichen. 5. Auflage, Düsseldorf 2008. Bestellung unter: bestellung.verfassungsschutz@im.nrw.de

Impressum

Herausgeber:

Stadt Wuppertal, R204
Wuppertaler Initiative für
Demokratie und Toleranz,
An der Bergbahn 33
42289 Wuppertal

In Kooperation mit:

kompetent. für Demokratie

Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Autor: Karl Olschewski

Gestaltung: Nina Kellersmann
Titelfoto: Peter Kirchhoff © by pixelio.de

Auflage: 1.500

November 2009



Wuppertaler Initiative für
Demokratie und Toleranz (e.V.)



**Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen**



**Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**

